



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Mehr Respekt für unsere Einsatzkräfte - Akzeptanz und Wertschätzung für die Arbeit unserer Einsatzkräfte stärken" (Drucksache 20/584)

Respekt und Rückendeckung für Einsatzkräfte

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist bestürzt über die gewalttätigen Auseinandersetzungen in einigen deutschen Städten in der Silvesternacht 2022/2023. Diese Auseinandersetzungen stehen in einer Reihe mit zahlreichen Vorfällen der vergangenen Jahre. Die Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte durch Menschen, die offenbar Gelegenheiten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen suchen und dabei Verletzungen und sogar den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen, müssen auf der Basis der geltenden Gesetze unabhängig vom jeweiligen Hintergrund der Täterinnen oder Täter schnellstmöglich zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften für das Engagement und die geleistete Arbeit und stellt fest, dass der Respekt und die Akzeptanz für diese Arbeit, insbesondere jedoch die konsequente Ächtung von Gewalt gegen Einsatzkräfte zum Grundkonsens in unserer Gesellschaft gehören müssen.

Die Vorfälle der vergangenen Jahre zeigen, dass es wiederholt und an verschiedensten Orten in der gesamten Republik zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Umfeld der Silvesternächte kam. Der Landtag stellt fest, dass die Ursachen für diese Auseinandersetzungen komplex sind und sich weder auf eine Debatte zur Migrationspolitik, noch auf eine Debatte zu sogenannten Böllerverboten reduzieren lassen.

Es bleibt die gemeinsame politische Aufgabe der demokratischen Kräfte, solche gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht nur zu ächten, sondern ihre Ursachen zu ergründen und gezielt zu bekämpfen. Einsatzkräfte müssen sich zu jedem Zeitpunkt darauf verlassen können, dass von politischer Seite das Nötige und Mögliche für ihren Schutz unternommen wird.

Der Landtag bekräftigt daher seinen Beschluss vom 28. Oktober 2020, in dem er die Landesregierung aufgefordert hat, bereits bestehende Initiativen für mehr Respekt und Anerkennung für Polizei und Rettungskräfte zu ergänzen. Dabei sollen unter anderem folgende Punkte weiterhin berücksichtigt werden:

1. Die Entwicklung von Präventionskonzepten.
2. Eine umfassende Aufarbeitung der Fälle von Behinderung, Beleidigung, Gefährdung und Verletzungen gegenüber Einsatzkräften in strafrechtlicher Hinsicht, aber auch mit einer psychologischen, nachsorgenden und nachbetreuenden Hilfestellung für die Betroffenen.
3. Der Transfer der aus der Studie für Gewaltprävention gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gewonnen Erkenntnisse in die Einsatzausbildung und -ausrüstung.
4. Ein verstärkter Aufklärungs- und Informationsaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere an Schulen, in Sportvereinen, Jugendvereinen und -verbänden.
5. Eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung von Akzeptanz und Respekt gegenüber Einsatzkräften.

Darüber hinaus hält der Landtag fest, dass die personelle und sachliche Ausstattung der Landespolizei diese zu jedem Zeitpunkt in die Lage versetzen muss, hochkomplexen und gefährlichen Einsatzlagen professionell begegnen zu können. Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang mit Blick auf die anhaltend hohe Belastung der Landespolizei auf, insbesondere den Aufbau der geplanten 2. Einsatzhundertschaft zu forcieren und schnellstmöglich umzusetzen.

Übergriffe auf Feuerwehkräfte und Rettungsdienst haben in den vergangenen Jahren eine neue Qualität erreicht. Auch in Schleswig-Holstein kam es in der Silvesternacht in diesem Zusammenhang zu erschreckenden Vorfällen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, mit den Kommunen, dem Landesfeuerwehrverband und den Trägern und Organisationen des Rettungsdienstes über möglichen Änderungsbedarf bei Konzepten und der Ausstattung zu sprechen.

Niclas Dürbrook
und Fraktion